Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg RM. 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr RM. 1.86 mit Postbestellgebühr. Preise freibleibend. Preis einer Nummer 10 Rpf. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten, sowie Agenturen und Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Girokonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Rpf., Reklamezeile 80 Rpf. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 Rpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tariferhöhungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile ist Neuenbürg. Für telef. Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Nr. 96 | **Montag den 27. April 1931** | **89. Jahrgang**

Spanien und Deutschland

Ein Interview mit Spaniens Außenminister

„Spanien wird keinerlei Aenderungen seiner außenpolitischen Haltung vornehmen"

Madrid, 26. April. Lerroux, der Außenminister in der neuen republikanischen Regierung Spaniens, hat in diesen Tagen einem deutschen Journalisten ein längeres Interview gewährt. Der Schauplatz der Unterredung war das vom Herzog Alba renovierte, sehr geschmackvoll eingerichtete Ministerium des Aeußeren. Lerroux ist gebürtiger Andalusier und 67 Jahre alt. Von Hause aus Advokat und dann Journalist, gilt er als einer der besten spanischen Parlamentarier. Man darf in ihm wohl den ältesten Vorkämpfer für Spaniens Freiheit, für die Errichtung einer spanischen Republik sehen. Er war mehrmals Deputierter und Führer der seinerzeit in Barzelona, Catalonien sehr einflußreichen Radikalen Partei. Lerroux erklärte, daß er bisher zu seinem Bedauern noch keine Gelegenheit gehabt habe, Deutschland persönlich zu besuchen, das deutsche Land und die deutsche Bevölkerung kennen zu lernen.

Auf die Frage, **wie sich die Beziehungen zu Deutschland gestalten würden, antwortete der Minister: „Selbstverständlich sehr gut, wie bisher."** Spanien will mit allen Ländern in Frieden und guten Beziehungen leben und mehr noch mit Ländern wie Deutschland, das durch die Handelsbeziehungen für beide Teile so wichtig ist. Außerdem ist Deutschland ein demokratisches Land und logischerweise müsse die spanische Republik mit demokratisch regierten Ländern besonders Freundschaft pflegen. Spanien wird keinerlei Aenderungen seiner außenpolitischen Haltung vornehmen."

Auf den Hinweis, daß Portugal die Errichtung der spanischen Republik unverhältnismäßig unfreundlich aufgenommen habe, erwiderte Lerroux, es sei dies nur eine Auswirkung der falschen Nachrichten, daß Spanien die Absicht habe, eine iberische Union mit Einschluß Portugals zu bilden. Das Bestehen eines Geheimvertrages mit Italien, eines Flottenvertrages oder irgendeines Mittelmeerpaktes stellte Lerroux dann entschieden in Abrede. „Wäre ein solcher Vertrag von der Diktatur abgeschlossen worden, so hätten wir ihn sofort für ungültig erklärt." Auch die Frage, **ob ein Geheimabkommen mit Frankreich bestehe**, das diesem ein Recht gibt, im Falle eines Mittelmeerkonflikts Truppen von Afrika nach Frankreich oder umgekehrt durch Spanien zu transportieren, beantwortete der Minister ebenfalls mit „Nein".

Da Lerroux während des Krieges ausgesprochener Freund der Entente war, lautete eine andere Frage des deutschen Journalisten, ob die Gefahr bestehe, daß Spanien in Handelsfragen Deutschland gegenüber eine unfreundliche Haltung einnehmen könne. Lerroux verneinte das entschieden. Er sei in seiner Eigenschaft als Minister weder Freund Deutschlands noch Freund Frankreichs, sondern lediglich ein Freund Spaniens.

Nach seiner Ansicht gefragt, **ob König Alfons noch einmal auf den spanischen Thron zurückkommen werde**, erklärte der Minister: „Wir werden alles tun, um dies zu verhindern." Daß sich in Spanien die Republik durchsetzen werde, habe er zeitlebens fest geglaubt. Vor etwa einem Jahre habe er diesen Regimewechsel als nahe bevorstehend vorausgesagt. Der deutsche Fragesteller äußerte darauf seine Bedenken, daß die zahlreichen bisher monarchistischen Elemente Spaniens plötzlich zu überzeugten und zuverlässigen Republikanern werden könnten. Lerroux stellte darauf die Gegenfrage: „Warum nicht? Die Art, wie die Monarchie verschwand, bewies ihre notorische Schwäche und Machtlosigkeit. Das Volk, das sich die Republik geschaffen hat, wird sie auch zu verteidigen wissen, und außerdem wird dafür gesorgt werden, daß alle wichtigen, einflußreichen Staatsämter mit wirklich einwandfreien, treuen Republikanern besetzt werden."

Das Verhältnis Cataloniens zu der spanischen Republik sei dahin zu formulieren: Die Katalanen seien tatsächlich ein anderer Volksstamm, und dieser Tatsache soll auch Rechnung getragen werden, und zwar durch das Zugeständnis weitestgehender Selbständigkeit, aber natürlich nur innerhalb des Rahmens der spanischen Einheit.

Der neue spanische Botschafter

Madrid, 26. April. Die Ernennung des Herrn Julio Alvarez del Vajo zum spanischen Botschafter in Berlin steht unmittelbar bevor. Der bisherige Botschafter Espinosa de Los Monteros, der Berlin in den nächsten Tagen verläßt, hat die Geschäfte der spanischen Botschaft dem ersten Botschaftssekretär Prieto Villanolle übergeben.

Del Vajo ist 40 Jahre alt und hat eine Deutschschweizerin zur Frau. Nach Abschluß seiner Universitätsstudien in Spanien studierte er 1913/1914 mit Stipendien in Leipzig. Während des Krieges befand er sich als Journalist und Schriftsteller ebenfalls einige Zeit in Deutschland, sodann war er wieder von 1920 bis 1924 in Berlin. Drei Jahre lang war er dort Vorsitzender der ausländischen Pressevereinigung, wie er seit einem Jahr Vorsitzender der hiesigen ausländischen Pressevereinigung ist. Alvarez del Vajo spricht gut Deutsch sowie mehrere andere Fremdsprachen. Er machte vier Reisen nach Moskau, schrieb zwei Bücher über Rußland und mehrere andere Werke. Im Hauptberuf ist er seit Jahren Korrespondent der „Nacion" von Buenos Aires und seit längerer Zeit auch des „Manchester Guardian". Er nahm an vielen internationalen Konferenzen teil und war auch öfters auf Völkerbundstagungen. Er genießt als Journalist wie als Politiker einen ausgezeichneten Ruf und ist menschlich sehr hoch einzuschätzen.

Alvarez del Vajo ist einer der nicht vielen wirklichen europäischen Spanier. Er ist Deutschland sehr wohl gesinnt und hält sich täglich auf dem laufenden über die dortigen politischen Vorgänge und literarischen Neuerscheinungen. Er hält gute Freundschaft mit deutschen Schriftstellern und Künstlern. Alvarez del Vajo gehört der sozialistischen Partei an, war gewissermaßen der Außenpolitiker derselben. Für Buenos Aires und auch Hauptstädten anderer Länder war er ebenfalls vorgesehen, doch wird ihm jetzt die Berliner Botschaft als die für ihn geeignetste und ihm auch liebste zuerkannt. Deutschland dürfte das Agrément wohl ohne weiteres erteilen.

Gravina lehnt Polens Forderung ab

Berlin, 25. April. Bezüglich des polnischen Vorstoßes gegen Danzig auf polizeiliche und vielleicht auch gerichtliche Einflußnahme hört man, daß der Völkerbundskommissar Graf Gravina diese polnischen Forderungen bereits abgelehnt hat. Ob Polen nun seinerseits einen diesbezüglichen engeren oder erweiterten Antrag an den Völkerbund richtet, ist zweifelhaft. Jedenfalls liegt ein derartiger Antrag bis jetzt noch nicht vor. Er ist auch auf der Tagesordnung der nächsten Ratstagung nicht vorgesehen.

Professor Aubagen über den Fünfjahrplan

Berlin, 25. April. Die Deutsche Weltwirtschaftliche Gesellschaft veranstaltete einen Vortragsabend, auf dem Prof. Dr. Aubagen, Direktor des Osteuropa-Instituts Breslau, über den heutigen Stand der sowjetrussischen Fünfjahrplan-Politik sprach.

Als guter Rußlandkenner konnte Prof. Aubagen nicht nur mit einer großen Fülle von Angaben über die Durchführung des Fünfjahrplans aufwarten, durch seine interessante Darstellung vervollständigte er auch das Bild des Wachstums der russischen Industrie, wobei er in objektiver Weise sowohl die Erfolge wie die Rückschläge der Stalinschen Sozialisierungspolitik erläuterte.

Die Industrialisierung habe zunächst rein mengenmäßig überaus große Fortschritte gemacht, die Aufgaben aber, die Moskau hinsichtlich der Qualität stellte, hätten bisher nicht entfernt erreicht werden können. Der Kardinalfehler, der Stalinschen Politik sei der, daß sie unter Zwang durchgeführt werde, daß niemand rechtes Interesse an der Arbeit habe. Bei den ersten Sozialisierungsexperimenten habe man die hohen Kosten stets auf den noch verbleibenden größeren Teil der Privatwirtschaft abgewälzt. Dieses werde aber nicht mehr gemacht werden können, wenn erst einmal die Vollsozialisierung durchgeführt sei.

Diese Erwägung sei insbesondere bei der Kollektivierung der Landwirtschaft gegeben. Auch hier erblickte Prof. Aubagen in dem Zwang die größte Gefahr, die auf der Seite der Bauern Unverständnis, Unlust, ja Sabotageakte hervorrufe.

Obwohl Prof. Aubagen nicht mit in die Alarmrufe über die angebliche Bedrohung der gesamten Weltwirtschaft durch die Sowjetunion einzustimmen vermag, erkennt er doch an, daß die Sowjets auf einigen Spezialgebieten der ausländischen Wirtschaft noch große Sorgen bereiten würden. Entscheidend bleibe aber, ob es zunächst überhaupt gelingen werde, die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung zu befriedigen.

Die russischen Aufträge

Berlin, 26. April. Nachdem durch die Unterzeichnung des deutsch-russischen Schlußprotokolls die Grundlage für die Vergebung der zusätzlichen Sowjetaufträge in Deutschland geschaffen worden ist, sind in den letzten Tagen russischerseits die Verhandlungen mit den verschiedenen deutschen Industriefirmen aufgenommen worden. Zu Abschlüssen im Rahmen des zusätzlichen russischen Auftragsprogramms ist es bisher nur für kleinere Posten Werkzeugmaschinen gekommen, während sich die Verhandlungen über die Vergebung der Bestellungen auf große Objekte an die deutsche Elektrizitätsindustrie usw. noch im Anfangsstadium befinden. Wie verlautet, legen die Russen großen Wert darauf, die aufgrund des zusätzlichen Auftragsprogramms zu bestellenden Anlagen möglichst schnell zu erhalten. Es werden von ihnen daher sehr kurze Lieferfristen gefordert, und zwar nicht nur für Werkzeugmaschinen, sondern auch für die großen Industrieanlagen.

5,83 Millionen Eintragungen beim Volksbegehren in Preußen

Das Bundesamt des Stahlhelms teilt mit: **Die bisherigen Zählungen zum Volksbegehren „Landtagsauflösung" ergeben einwandfrei die Zahl von reichlich 5,83 Millionen Eintragungen. Einzelne Meldungen stehen noch aus. Das bedeutet mehr als eine halbe Million Ueberschuß.**

Die gegenwärtige Gesamtlage

In der Festnummer, die die Deutschen Hotelnachrichten zur 9. Hauptversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Hoteliers usw. herausgeben, befindet sich u. a. ein sehr interessanter Beitrag von Dr. Michael Horlacher, Direktor der Bayerischen Landwirtschaftskammer, M. d. R., über „Die gegenwärtige Gesamtlage", den wir hier im Auszug wiedergeben:

„Diese Weltwirtschaftskrise ist in ihrem Umfang und ihrem Ausmaß eine Erschütterung der gesamten Weltwirtschaft, wie sie vordem noch niemals erlebt wurde. Dabei ist es bemerkenswert, daß die Krise mit ihrer Schärfe überraschend und sich ständig überstürzend einsetzte, und es ist eine beachtenswerte Erscheinung in der deutschen Wirtschaftspolitik, daß viele, die doch den Einblick in die Verhältnisse wirtschaftlichen Geschehens haben, ebenfalls den Zeitpunkt dieser schwerwiegenden Ereignisse nicht voraussahnten.

Zum Beweis hiefür weist der Aufsatz auf die Konferenz der Friedrich-List-Gesellschaft von 1929 hin, auf der man das Aufkeimen der großen Wirtschaftskrise in Deutschland noch nicht kannte und in der Kapitalnot das Haupthindernis für die Aufwärtsentwicklung erblickte, aber bald stand man in Deutschland vor ganz anderen Problemen. Die ganze Welt erfaßte eine riesige Krisis. Die **Weltrohstoffpreise** begannen rapid **zu sinken.** Angebot und Nachfrage gerieten durcheinander, eine Ueberproduktion machte sich in der Landwirtschaft sowohl wie in der Industrie in großem Ausmaße bemerkbar. Der Krisenherd war und ist ein allumfassender, und seine letzte Ursache beruht mit in dem großen Weltringen und den Störungen, die dieser Riesenkrieg im Weltwirtschaftsorganismus hervorgerufen hatte.

Es kamen dann allerhand Krisenherde noch hinzu, die besonders verschärfend wirken mußten, das sind die **deutschen Reparationszahlungen.** Diese sind ein Mißerfolg größten Stiles. Infolge der Weltwirtschaftskrise sehen wir denn auch in einer ganzen Reihe von Staaten **Währungsstörungen,** wie in Argentinien, Australien, Bolivien, Brasilien, China, Mexiko, Neuseeland, Peru, Spanien, Uruguay und Venezuela. Groß sind durch die enormen Rückgänge im Außenhandel und durch das rapide Ansteigen der Arbeitslosenziffer die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten auch in den **Vereinigten Staaten von Nordamerika** und in **England** geworden.

Man sieht daraus den Komplex einer Weltwirtschaftskrise, wie er stärker und umfassender nicht gedacht werden kann. Bezüglich der **Finanzen in Deutschland** gestaltete sich die Lage so, daß von der **Einhaltung** des Etats im Jahre 1930/31 keine Rede mehr sein konnte. Wiederholte **zusätzliche Finanzbereinigungen** waren während des Jahres notwendig. Dabei muß aber anerkannt werden, daß man ein Ziel nicht außer acht ließ, nämlich unter **keinen Umständen direkte erhöhte Steuerlasten** für die Wirtschaft zu diktieren. Die Steuerrückgänge zeigten an, daß die Steuerschraube übersetzt ist und es ist ein alter Erfahrungssatz, daß zusätzliche Steuern die Wirtschafts-Katastrophe verstärken und die Steuerrückgänge noch weiter erhöhen. In Bad Eilsen (Tagung der Friedrich-List-Gesellschaft) suchte man eine Befürwortung zur Umlagerung des Steuersystems herbeizuführen durch Entlastung von der direkten Besteuerung und durch **stärkere Heranziehung der Verbrauchssteuern.** Gewiß hat die Wirtschaftskrise die Verbrauchssteuern außerordentlich ungünstig beeinflußt. Aber das allein macht es nicht aus, dazu kommt dann noch, daß durch die neuesten Gesetzgebungen zweifellos auch hier eine **Ueberspannung der Steuerschraube** eingetreten ist, und zwar in einem Ausmaße, daß der Konsum auf der ganzen Linie eine Schädigung erfahren mußte. Man wird nunmehr aus den Tatsachen gelernt haben, daß jede Steuer ihre Grenze dort findet, wo sie übersetzt ist und infolge dieses Zustandes zu einer Gesamtschädigung der Wirtschaft und der Finanzen führt. Das Jahr 1930 war für uns auch deshalb besonders kritisch, weil zu den Gesamtschwierigkeiten der Weltwirtschaft noch **politische Schwierigkeiten** hinzukommen. Die deutsche Politik erlitt eine **große Vertrauenskrise,** die sich insbesondere auch in ausländischen Kreisen bemerkbar machte. Heute wird man allgemein anerkennen müssen, daß es gut war, daß die derzeitige Reichsregierung sich nicht beirren ließ, sondern ihre ganzen Kräfte dafür einsetzte, in Deutschland Ordnung zu halten und die deutschen Finanzen in einem einigermaßen erträglichen Zustand zu bewahren.

Die erste **Voraussetzung** für das **Wiederemporkommen** eines Volkes ist, daß dieses Volk alle besonnenen politischen und wirtschaftlichen Kräfte zu einer gemeinsamen Zusammenarbeit zusammenfaßt, um ein festes Bollwerk gegen alle Anstürme von innen und außen zu schaffen. Besonders wichtig erscheint auch für das wirtschaftliche Emporkommen eines Volkes, daß dieses Volk nicht in den Zustand eines **hoffnungslosen Pessimismus** hineingetrieben wird.

Große Völker haben schon große Krisen früher überstanden. Sie konnten das aber nur, weil sie den Glauben an sich selbst nicht verloren haben. Wir leben jetzt in einer solchen Zeit, das **Vertrauen des Auslandes** in die Gesamtkraft des deutschen Volkes hat sich **wieder wesentlich gebessert,** an uns ist es, dieses Vertrauen weiter zu stärken.

Zum Schluß betont Dr. Horlacher: Es ist notwendig, daß wir mit dem Ausland dahin übereinkommen, daß die jetzige Reparationsregelung die deutsche Leistungsfähigkeit niederdrückt und daß für eine Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen die Beseitigung der unerträglichen Lasten für die deutsche Wirtschaft und für die natürliche Wiederbelebung der Weltwirtschaft unter allen Umständen das **Haupterfordernis der Gegenwart** bildet."

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Die Klage der Deutschen Volkspartei vom Staatsgerichtshof abgewiesen

Die Klage der Fraktion der Deutschen Volkspartei in Preußen gegen das preußische Staatsministerium wegen der Verfassungswidrigkeit der Notverordnung zur Aenderung des Grundvermögensteuergesetzes vom 30. Mai 1930 wurde vom Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich zurückgewiesen.

In der Begründung führte Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke aus, daß die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes bejaht worden sei, ebenso die Frage, ob es sich um eine Verfassungsstreitigkeit handle. In Preußen sei Voraussetzung für den Erlaß einer Notverordnung, daß ein ungewöhnlicher Notstand vorliege und daß dessen Beseitigung dringend erforderlich sei. Ein Notstand könne seine Ursachen auch in wirtschaftlichen und finanziellen Dingen haben. In diesem Falle habe es sich um einen finanziellen Notstand gehandelt. Der Staatsgerichtshof habe dies pflichtgemäß nachgeprüft. Die Finanzlage Preußens im Mai 1930 sei so gewesen, daß der Haushaltplan von 1929 einen Fehlbetrag von 17 Millionen Mark aufgewiesen habe, im neuen Haushalt sei ein Betrag von 88 Millionen ungedeckt gewesen, durch Beschlüsse des Landtags sei dieser Fehlbetrag auf 118 Millionen Mark gestiegen. Die Steuerpläne des Reiches hätten sich nicht voraussehen lassen. Ein ungewöhnlicher Notstand für jedes Staatswesen müsse bejaht werden, wenn ihm die Mittel zur Bestreitung der notwendigen Ausgaben fehlten. 100 Millionen, die durch die Steuererhöhung hätten eingebracht werden können, seien auch für ein Land wie Preußen kein unbedeutender Betrag. Man müsse feststellen, daß die Beseitigung dieses ungewöhnlichen Notstandes dringend erforderlich gewesen sei.

Wiener Presse gegen Benesch

Wien, 26. April. Die vorwiegend an die Adresse Oesterreichs gerichtete Rede des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Benesch findet in der Wiener Presse durchweg Ablehnung.

Die „Neue Freie Presse" macht Benesch auf die vielen Widersprüche aufmerksam, in die er sich verwickelt, und schreibt dann: „Man würde Vergebliches erstreben, wollte man in der langen Rede einen neuen Gedanken suchen, einen neuen Ausweg aus dem Chaos, eine Bürgschaft für den Willen zur Tat. Dr. Benesch sagte zwar: „Wir wissen, was wir wollen", aber es ist ihm nicht gelungen, die Wissenschaft auch anderen klarzumachen."

Auch die „Arbeiterzeitung", das Organ der österreichischen Sozialdemokraten, die enge Beziehungen zur tschechischen Sozialdemokratie unterhalten, ist nicht freundlich, wenn sie schreibt: „Die Geschichte lehrt, daß man die dauernden Interessen seines eigenen Volkes sehr schlecht wahrt, wenn man sie kurzsichtig und egoistisch durch Verletzung der Freiheit der Lebensinteressen eines anderen Volkes zu wahren müssen glaubt."

Das „Tagblatt" schreibt: „Wesentliches, vor allem nicht bereits wiederholt Gesagtes, hat Dr. Benesch nicht erzählen können. Wenig haltbar sind die wirtschaftlichen Ideen, die Dr. Benesch zu dem allgemeinen Gespräch über die europäische Wirtschaft beigetragen hat."

Die „Wiener Neuesten Nachrichten", die dem österreichischen Außenminister Dr. Schober nahestehen, vermerken: „Das Exposé des tschechoslowakischen Außenministers erschöpft sich so gut wie ganz im Negativen; denn was er an Gegenvorschlägen bringt, dürfte kaum er selbst als konstruktive Leistung bezeichnen. Die Besorgnis, daß die Tschechoslowakei in einem Block von 70 Millionen zur Bedeutungslosigkeit herabsinken würde, kann nur humoristisch wirken. In einem geeinten Europa, für dessen Schaffung sich Herr Benesch doch selbst einsetzt, würde ihm schwerlich ein anderes Schicksal blühen."

Errichtung des Reichsehrenmals bei Berlin gesichert

Amtlich wird mitgeteilt: In Durchführung des Beschlusses der Reichsregierung über die Errichtung des Reichsehrenmals bei Berka fand am Freitag im Reichsministerium des Innern unter Vorsitz des Reichsinnenministers Dr. Wirth eine Besprechung mit den beteiligten Frontkämpferverbänden statt. Der Minister teilte mit, daß der Reichspräsident, dem der Landkreis Weimar das für die Errichtung des Reichsehrenmals bestimmte Gelände und das Gaud Thüringen einen im Laufe der Jahre gesammelten Geldbetrag zur Verfügung gestellt haben, die Errichtung einer Stiftung beabsichtigt, die mit der Schaffung und Erhaltung des Reichsehrenmals in Form des Ehrenhaines bei Berka betraut wird. Den Vorsitz im Vorstande der Stiftung wird Staatssekretär Zweigert vom Reichsministerium des Innern führen. Die Vertreter der Frontkämpferverbände nahmen mit Dank und Befriedigung von der Absicht des Reichspräsidenten Kenntnis und erklärten ihre Zustimmung zu der vorgesehenen Regelung.

Aufwertungsfragen im Finanzausschuß.

Stuttgart, 25. April. In der Samstagsitzung des Finanzausschusses wurde die Besichtigung des Lehrerinnenseminars in Markgröningen auf nächsten Donnerstag festgesetzt. Zur Aufwertungsfrage lagen mehrere Anträge der Volksrechtpartei vor. Abgelehnt wurde ein Antrag betr. Vorlegung eines Gesetzes durch die Reichsregierung, worin der Staatsgerichtshof beauftragt wird, zu untersuchen, ob und welche ausländischen Stellen, ob und welche amtlichen Personen oder Privatpersonen im Inland auf die planmäßige Steigerung des Dollarpreises gegenüber der deutschen Mark hingewirkt und damit planmäßig die deutsche Währung zerrüttet haben. Der Regierung als Material überwiesen wurde ein Antrag der Volksrechtpartei, das Staatsministerium zu ersuchen, auf dem Wege der Verordnung die geltenden Bestimmungen zur Sparkassenaufwertung nach dem Vorbild anderer Länder zu verbessern: 1. durch Verwendung der Sparkassenüberschüsse zu einer Erhöhung des Aufwertungssatzes von mindestens 25 Prozent, 2. durch Erhöhung des Zinssatzes für Aufwertungsguthaben mit Wirkung vom 1. Januar 1931 ab auf mindestens 5 Prozent, 3. durch Ersetzung des Wilhelmsbavener Systems in dem nach dem 15. Juni 1922 erfolgte Auszahlungen wie die Einzahlungen nach dem Goldmarkvertrag am Tage der Ein- und Auszahlungen, umzurechnen sind, 4. durch Einsetzung eines Kontrollausschusses bei den öffentlichen Sparkassen und Ueberwachung der Aufwertungsregelung. Angenommen wurde ein Antrag Winker (Soz.), das Staatsministerium zu ersuchen, zur Durchführung des Aufwertungsgesetzes auf die Hypothekenbanken, die öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen, sowie auf die Versicherungsgesellschaften aller Art dahin einzuwirken, daß die Aufwertungshypotheken zum gesetzlichen Zinssatz von 7½ Prozent stehen gelassen werden können. In der Aussprache teilte Staatspräsident Dr. Bolz mit, daß das Aufwertungsprogramm der öffentlichen Sparkassen aufgestellt und genehmigt sei. Der Mindestsatz betrage 12½ Prozent. Zahlreiche Sparkassen seien freiwillig höher gegangen, in 3 Fällen bis 25 Prozent. Der Durchschnittssatz sei 16 Prozent. Eine allgemeine Erhöhung des Satzes auf 25 Prozent sei nicht möglich. Jede Kasse müsse eben nach ihrer Leistungsfähigkeit aufwerten. Seit 1924 haben die Sparkassen ihren Jahresgewinn je hälftig dem satzungsmäßigen Reservefonds und der Aufwertungsmasse zugewiesen. Mit dem Zinsfuß für die Aufwertungsguthaben sei man freiwillig in die Höhe gegangen. Guthaben bis zum Betrag von 500 RM. können auf Antrag jetzt schon bar zurückbezahlt werden. Sodann erstattete der Abg. Hagel (BVM.) einen vorläufigen Bericht über die Verhältnisse bei der früheren Jura-Oelschieferwerke AG., an der bekanntlich der Staat früher finanziell beteiligt war. Zur Durchführung seiner Untersuchung wünscht der Berichterstatter die Aushändigung einer Reihe von Belegen und Urkunden, die inzwischen an die neue Verwaltung der Jurawerke abgegeben worden sind. Auf Grund der Prüfung der Akten würde dann ein schriftliches Gutachten erstattet werden können. Finanzminister Dr. Dehlinger und Min.-Rat Rieker gaben eingehende Aufschlüsse über die Geschäftsgebarung und gewisse Vorkommnisse bei der früheren AG. Dem Wunsche des Berichterstatters wird das Finanzministerium entsprechen.

Aus Stadt und Bezirk.

(Wetterbericht.) Infolge des nordwestlichen Tiefdrucks ist für Dienstag und Mittwoch immer noch unbeständiges, nur zeitweilig aufheiterndes Wetter zu erwarten.

Wildbad im Schwarzwald.
Preisermäßigungen. Pauschalkuren. Veranstaltungen.

Den Zeitverhältnissen Rechnung tragend haben fast alle Hotels und Pensionen in Wildbad im Schwarzwald die Pensionspreise herabgesetzt. Zahlreiche Häuser gewähren auf Wunsch sogen. Pauschalkuren für 3- oder mehrwöchigen Aufenthalt, in deren Preis der gesamte Aufwand für Wohnung und Verpflegung einschl. aller Nebenkosten, auch Bedienung, und außerdem auch die weiße Kurtaxkarte enthalten ist.

Um den mit Familie nach Wildbad kommenden Gästen ein besonderes Entgegenkommen zu beweisen, gewährt die staatl. Badverwaltung auf den ohnehin sehr mäßigen Preis der weißen Kurtaxkarte der dritten und jeder weiteren Person einer Familie 40 Prozent Ermäßigung. Kinder unter 14 Jahren sind von der Kurtaxe ganz frei. Die vor 1. Juni und nach 31. August in Wildbad eintreffenden Gäste erhalten auf die Kurtaxpreise 10 Prozent Sonderermäßigung. Die Inhaber weißer Kurtaxkarten erhalten im Landeskurtheater auf die meisten Plätze 20 Prozent Preisermäßigung. Thermalbäder, die vor 16. Mai und nach 15. September genommen werden, sind im Preis um 20 Prozent ermäßigt.

Das Verzeichnis der Veranstaltungen im Sommer 1931 ist bereits erschienen und kann unentgeltlich von der staatl. Badverwaltung bezogen werden. Es enthält — ohne die täglichen Konzerte und Theatervorstellungen und die besonderen Darbietungen der Hotels — 88 Veranstaltungen, die sich auf die Monate Mai bis September verteilen. Eine der ersten Veranstaltungen bildet die mit einer Geschicklichkeitsprüfung verbundene 1. Gauwertungsfahrt des Allgemeinen Deutschen Automobil-Clubs nach Wildbad im Schwarzwald am 2. und 3. Mai. Wo.

Württemberg.

Vaihingen a. Enz, 25. April. (Keine 700-Jahrfeier.) Mit Rücksicht auf die schlechten Wirtschaftsverhältnisse sieht die hiesige Stadtgemeinde von der Veranstaltung einer Feier aus Anlaß ihres 700jährigen Bestehens in diesem Jahre ab.

Leonberg, 24. April. (Zu der Bluttat an der Rennstrecke.) Ueber den Nachbarnstreit mit tödlichem Ausgang am Rantel wird noch berichtet, daß der als Täter verhaftete Maler Benz ein schwerkriegsbeschädigter Offizier ist, der ein zurückgezogenes Leben führte und dessen Gemüt durch sein Leiden bedrückt schien. Die eigentliche Ursache zu dem letzten Streit mit dem schrecklichen Ausgang wird wohl sein, daß der getötete Bauunternehmer und Nachbar entgegen früher angeblich gegebener Versicherung, in der Nähe vor dem Benzschen Haus keinen Neubau zu erstellen, nun doch einen solchen in Angriff nahm und dabei mit dem Schaurgerüst auf das Grundeigentum des kritisch gestimmten Nachbars rückte. Benz scheint während der dem tödlichen Schuß vorangegangenen Handgreiflichkeiten verschiedentlich Verletzungen erlitten zu haben. Auch nachher, bevor er in sein Haus flüchtete, scheint es zu Tätlichkeiten mit dritten Personen gekommen zu sein.

Perouse, OA. Leonberg, 24. April. (Kleinflugzeug, Auto und Motorboot zugleich.) In aller Stille wurde in Perouse das kleinste Flugzeug konstruiert und gebaut. Die Arbeit wurde an Neujahr von Fritz Moldenhauer und Otto Vincon, beide in Perouse, begonnen. Moldenhauer ist schon einige Jahre Mitglied des Flugtechnischen Vereins Stuttgart. Das Fluazeug ist das kleinste Motorflugzeug; es hat eine Spannweite von 5.60 Metern, eine Länge von 3.65 Metern und einen Motor von 25 PS. Diese Maschine soll nicht nur fliegen, sondern auch als Auto auf der Straße fahren und als Motorboot auf dem Wasser. Die ersten Flüge werden in Böblingen ausgeführt.

Stuttgart, 25. April. (Englische Reise-Büro-Expedienten in Deutschland.) Der Nord-Süd-Ausschuß, die Vereinigung der Städte Amsterdam, Haag, Rotterdam, Essen, Düsseldorf, Köln a. Rh., Aachen, Koblenz, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Mainz, Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Baden-Baden, Freiburg, Stuttgart, Augsburg, München, Zürich Luzern zur Förderung des Ausländer-Verkehrs, hat die bedeutendsten englischen Reisebüros zu einer Informationsreise in die Mitgliedsstädte eingeladen. Im Ganzen finden drei Reisen statt. Zehn englische Reisebüros haben ihre Vertreter entsandt.

Stuttgart, 25. April. (Eine Falschmeldung.) Von kommunistischer Seite ist die Meldung verbreitet worden, daß die gerichtliche Voruntersuchung gegen Dr. Friedrich Wolf nunmehr abgeschlossen sei. Das ist nicht richtig. Sowohl die Staatsanwaltschaft wie auch die Verteidigung rechnen vielmehr damit, daß die Voruntersuchung sich noch lange, möglicherweise noch Monate hinziehen kann.

Zell a. N. OA. Eßlingen, 25. April. (Zu früh gebadet und gestorben.) Hier badeten trotz des noch kalten Wetters einige Knaben im Neckar. Einer von ihnen, der einen Furunkel am Hals hatte, bekam einen Rückschlag, erkrankte und starb.

Vom oberen Fils- und Lautertal, 25. April. (Beginnende Blüte.) An den Südhängen unserer Berge und Halden blüht der erste Schlehdorn, und vorsichtig schüchtern öffnet der Kirschbaum seine bräutlich reine Pracht. Nach eine Woche Sonnenschein, dann blüht's in Berg und Tal. Der Bauer erwartet vom Schlehdornstrauch, der vor dem 1. Mai blüht, eine gute Ernte. Der Schäfer ist vom Tal zu Berge gefahren. Georgitag, der 23. April, zwang ihn, die Weide zu wechseln. Nachdem vor vierzehn Tagen die Rauchschwalben das alte Nest wieder bezogen haben, wurde heute im Maybachtal das erste Mehlschwalbenpärchen beobachtet. Doch „Eine Schwalbe bringt noch keinen Sommer".

Nordheim, OA. Brackenheim, 25. April. (Ein Dreizehnjähriger erhängt sich.) Ein hiesiger 13 Jahre alter Schüler hat sich in der Scheuer seines elterlichen Hauses erhängt. Was den Jungen zu dieser Tat bewogen hat, ist nicht bekannt. Durch Arbeitersamariter mit dem Sauerstoffapparat angestellte Wiederbelebungsversuche waren ohne Erfolg. Nach anderer Meldung hat der Junge aus Furcht vor Strafe gehandelt.

Gmünd, 25. April. (Abnahme der Arbeitslosigkeit.) Am Arbeits-

Gut zu Fuß

mit meiner Reform- und orthop. Fußbekleidung!

Fußstützen u. Bandagen

Neuzeitliche Fußpflege

Weigel

NUR DEIMLINGSTR. 18 Ecke Waisenhausplatz

Pforzheim.

Die kleine Frau Storkow

P... ...

44

5.

„Der Generaldirektor fährt mit Weidner und Sperrhake nach Rußland!" Die Meldung flog drei Wochen später durch die Betriebe.

Alle horchten auf.

Ah ... jetzt ging man dran, den großen Russenauftrag hereinzuholen.

Dann hieß es, daß auch Carla Hollmann, Maria Storkow und vor allen Dingen Oberingenieur Teutschental teilnehmen würden.

Daß die beiden Mädels mitreisten, bildete das Tagesgespräch besonders der weiblichen Belegschaft in den Werkstätten und Büros. Man beneidete sie.

Die hatten es gut. Sahen fremde Länder und lebten wie die Prinzessinnen.

Märchenhafte Bilder spukten in allen Köpfen.

Am 12. Mai traten die Deutschen die Reise an.

Man traf sich auf dem Stettiner Bahnhof, um den Schnellzug Berlin—Warschau zu benutzen. Generaldirektor Hans Jordan hatte ein Kupee belegen lassen.

Er spähte über den Bahnsteig.

Weidner und Sperrhake waren da, nur Teutschental und die Damen fehlten noch.

Da ... ah, der blonde Hüne, das war unverkennbar Teutschental. Er kam mit Maria und Carla. In munterer Unterhaltung schritten sie den Bahnsteig entlang.

Hans Jordan ging ihnen entgegen.

Die Begrüßung war beinahe herzlich zu nennen.

„Gottlob, meine Damen", sagte Hans gutgelaunt. „Ich hatte schon Angst, daß Sie der verflixte amerikanische Filmmensch entführt hätte."

Die Mädels lachten.

„Nein", sagte Maria. „Wir lassen uns nicht entführen. Zweimal hat er versucht, uns in sein Paradies Hollywood zu locken, aber wir haben siegreich widerstanden."

„Wir werden es zu schätzen wissen! Das Gepäck, meine Damen?"

„Sie hatten die Güte, Josef gestern mit der Beförderung zu betrauen, Herr Jordan", sagte Carla rasch. „Es ist bereits gestern zur Bahn gekommen. Das Notwendigste für die Reise haben wir in den kleinen Koffern."

Hans Jordan betrachtete sie und sagte: „Sie sind nicht zu groß, aber ... na, ein modernes Damenkleid geht ja heutzutage in einen Fingerhut."

Dann instruierte er sie. Sie fuhren also in einem Kupee zusammen bis Warschau. Schlafkupees waren bestellt. Pässe waren alle in Ordnung.

Immer gut zusammenhalten! Wenn sie durch Pech auseinanderkommen sollten, dann nächsten Zug nach Moskau. Telegramme an Volkskommissar Radowitsch, der dafür sorgen werde, daß man die Damen am Bahnhof abholen werde. Aber, er glaube doch, daß sie zusammenbleiben werden. Es sei nur für den Notfall.

Maria wandte sich Teutschental zu: „Haben Sie meinen kleinen Koffer noch!"

„Aber natürlich, Frau Storkow! Was Teutschental in seine Bärenhände nimmt, das hält er fest."

Herzlich nickte er der jungen Frau zu.

Fragend blickte sie Jordan an.

„Die Reiseschreibmaschine!" erklärte Maria. „Vielleicht brauche ich sie unterwegs."

„Famos! Auch daran haben Sie gedacht! Ausgezeichnet, aber jetzt wollen wir einsteigen. Kaffee trinken wir dann zusammen im Speisewagen."

Er half Maria und Carla galant in das Abteil. Die Herren folgten und man saß behaglich im Abteil 1. Klasse zusammen.

*

Oberingenieur Teutschental bemühte sich sehr um Frau Maria. Das stellte Hans Jordan im Speisewagen fest. Er bediente sie wie eine Prinzessin. Schenkte ihr Kaffee ein. Fragte nach ihren Wünschen. War ganz aufmerksamer Kavalier.

Hans war verwundert.

Hatte sein Mitarbeiter Feuer gefangen? Fast schien es so. Die Blauaugen Teutschentals leuchteten, er gab sich Mühe, seine sonst so mächtige Stimme zu dämpfen.

Als im Laufe der lustigen Unterhaltung die Damen erklärten, daß ihnen Teutschental ein furchtbar langes Wort sei, da schlug er vor: ihn doch Herr Werner zu nennen.

Damit waren sie einverstanden.

Hans Jordan fühlte sich etwas verstimmt. Am liebsten wäre er jetzt nicht der Generaldirektor Jordan gewesen, der jetzt in Gesellschaft Weidners und Sperrhakes zurückhaltend sein mußte.

Am liebsten hätte er sich an dem lustigen Lachen in der fröhlichen Gesellschaft beteiligt.

Maria schien zu spüren, was in dem Generaldirektor vorging, daß ihm die Würde seiner Stell... nicht so recht paßte.

Sie gab sich Mühe, auszugleichen.

Mit feinem Takte richtete sie es so ein, daß alle Herren der Reisegesellschaft sich an der Unterhaltung beteiligten, daß sogar der stille Sperrhake aus sich herausging.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

markt des Bezirksarbeitsamts Gmünd hat sich eine erhebliche Besserung bemerkbar gemacht. Im Baugewerbe, in der Bekleidungsindustrie und in der Metallindustrie ist jeweils eine nicht unwesentliche Entlastung eingetreten, während die Edelmetallindustrie eine weitere Verschlechterung zeigt. Die Zahl der Unterstützen ist von 3454 im März auf 2816 zurückgegangen, insgesamt hat die Arbeitslosigkeit um rund 20 Prozent abgenommen.

Ulm, 25. April. (Russische Viehkäufe.) Heute wurden 55 von den Russen aus den Bezirken Riedlingen-Herbertingen, Schelklingen-Ehingen, Altshausen-Aulendorf, und Süßen aufgekaufte Farren abtransportiert. Wegen Ausbruchs der Klauenseuche wurden die im Biberacher Bezirk aufgekauften Tiere zurückgehalten. Die Tiere sind vom oberschwäbischen Fleckviehzuchtverband.

Gerabronn, 23. April. (Farrenkäufe im Bezirk Gerabronn.) Vergangenen Freitag und Samstag war eine Kommission aus Sowjetrußland im Bezirk Gerabronn, die unter Beihilfe der bayerischen Viehverwertung und des Tierzuchtinspektors Jäckle-Hall, Zuchtfarren aufkaufte. Von etwa 90 vorgeführten Farren wurden nach genauer Prüfung in Riedbach 7 Stück, in Gerabronn 11 Stück und in Blaufelden 14 Stück Farren angekauft im Alter von 12—18 Monaten. Die Preise bewegten sich zwischen 650 und 800 Mark, einige Exemplare wurden darüber bewertet. Im ganzen Hohenl.-Fränk. Zuchtverband wurden 75 angekauft und im Zuchtverband Oberschwaben 65. Es ist dies ein Beweis, daß in unserem Verband die Landwirte sich alle Mühe geben, um mit der Viehzucht auf der Höhe zu bleiben. Kalbinnen wurden meistens in Bayern angekauft.

Von der bayerischen Grenze, 23. April. (Für den Bruder ins Gefängnis.) Es ist ein nicht alltäglicher Fall, wenn einer für den anderen die Strafe verbüßt. Mit einem solchen Fall hatte sich das Schöffengericht in Neuburg a. D. dieser Tage zu befassen. Der 26 Jahre alte Hilfsarbeiter Max Lochner aus Kleinerdingen bei Nördlingen ist freiwillig für seinen Bruder Anton, der wegen Körperverletzung zwei Monate Gefängnis erhalten hatte, nach Donauwörth gewandert, um im dortigen Gefängnis seines Bruders Strafe zu verbüßen. Allein, nicht weil er unschuldig ins Gefängnis ging, mußte sich Max Lochner vor dem Schöffengericht in Neuburg verantworten, sondern wegen Urkundenfälschung; denn Max hatte im Gefängnis einige Schriftstücke unterschreiben müssen und mit Anton Lochner unterzeichnet. Der falsche Anton führte sich während der Strafverbüßung gut, so daß er nur vier Wochen absitzen mußte und auf diese Weise dem Bruder Anton für den Rest auch noch Bewährungsfrist verschaffte. Wegen Urkundenfälschung erhielt der Angeklagte nunmehr 3 Wochen Gefängnis und Bewährungsfrist bis 1934, da er nach Ansicht des Gerichts unüberlegt gehandelt hatte.

Pläne und Modelle

Stuttgart, 23. April. Die Stadt Stuttgart zeigt vom Freitag ab in den Räumen 9, 10 und 11 des Ausstellungsgebäudes am Interimsplatz eine Ausstellung von Modellen und Plänen für die Ausgestaltung des Wasens sowie anderer Modelle und Pläne über neuere Bau- und Stadtbauplanprojekte. Interessant ist das historische Stadtmodell von 1600. Dann folgen Modelle von neueren Siedlungen, das Modell Durchbruch Rote Straße, das Modell des Schloßplatzes mit dem geplanten Erweiterungsbau und Turm der katholischen Eberhardskirche, ein Modell für eine Hangbebauung südlich Gablenberg, ein Modell der Rheinlandstraße, ein Modell Neue Weinsteige und eine größere Ausstellung der Pläne und Modelle für die Ausgestaltung des Cannstatter Wasens, wo bekanntlich das Deutsche Turnfest 1933 abgehalten werden soll. Die Baustellung des Gemeinderats hat mit den Architekten Prof. Dr. Bonatz und Scholer einen Plan ausgearbeitet, nach dem die Hauptkampfbahn auf die nördliche Seite zwischen die verlängerte Werner-Mercedes-Straße und die Bahnanlagen verlegt worden sind. Dieser Plan hat die Zustimmung des Gemeinderats und der Deutschen Turnerschaft gefunden und wird nun die Grundlage bilden für die Wasen-Gestaltung im Zusammenhang mit dem Turnfest und auch für die spätere Verwendung des Wasens. Als Daueranlagen sind dabei nur die Hauptkampfbahn und der nordwestlich derselben parallel zur Werner-Mercedes-Straße laufende Verwaltungsbau gedacht. Alle übrigen Anlagen tragen nur provisorischen Charakter, sie werden nach dem Turnfest wieder beseitigt werden. Für die Bemessung der Kampfbahn sind ausschlaggebend: Das große Spielfeld mit den Abmessungen 70:105 Meter, sowie die um das Spielfeld herum zu legende Aschenlaufbahn mit 400 Meter, die Angliederung der Bahnen für den 100-Meter-Lauf und für den 110-Meter-Hürdenlauf, ferner die Bahnen für Weit- und Stabhochsprung und die Flächen für Hochsprung, Kugelstoßen, Speer- und Diskuswerfen; sodann die an die Zahl der Zuschauerplätze gestellten Anforderungen, die bei dem jetzigen Projekt auf rund 35 000 bemessen wurde, wovon etwa 6000 Tribünen- und offene Sitzplätze, das übrige Stehplätze sind. Bei dieser Größe der Kampfbahn kann jede Art von Spielen durchgeführt werden. Als Form der Kampfbahnanlage ist eine Korbbogenform gewählt. Ferner ist in einem besonderen Modell dargestellt, wie das Projekt der Technischen Hochschule mit den Spiel- und Sportanlagen des Wasens kombiniert werden könnte. Die Verkehrsabwicklung anläßlich des Turnfestes ist auf einem besonderen Verkehrsplan dargestellt, dessen Grundgedanke darin gipfelt, Verkehrsüberschneidungen so weit als möglich zu vermeiden und den Auto-, Straßenbahn- und Fußgängerverkehr möglichst auseinander zu halten. Die Stadt stellt sich auf einen Besuch des Turnfestes von rund 250 000 Fremden ein.

Brotpreiserhöhung in Württemberg

Der Württ. Bäcker-Innungs-Verband hat eine Eingabe an das Württ. Wirtschaftsministerium gerichtet, in der es u. a. heißt:

„Bereits am 16. März d. J. haben wir das Wirtschaftsministerium über die Bewegung der Mehlpreise unterrichtet und haben auf die Gefahr einer Brotpreiserhöhung hingewiesen, wenn es nicht gelänge, die Mehlpreise auf den Stand vom 1. Dezember 1930 zurückzudrängen.

Das Wirtschaftsministerium hat inzwischen keine Stellung zu diesem Schreiben genommen. Auch hat eine Bewegung der Mehlpreise nach unten nicht eingesetzt. Sie stehen vielmehr um 3.25 R.M. pro Sack Weizenmehl und 4.50 R.M. pro Sack Roggenmehl höher, als zur Zeit der letzten Festsetzung der Brotpreise. Nachdem im Dezember vorigen Jahres die Preisspanne der Bäcker einer eingehenden Untersuchung unterzogen wurde und die ab 8. Dezember 1930 bestehenden Brotpreise als berechtigt anerkannt werden mußten, geht es nicht an, daß man dem Bäcker zumutet, noch länger einen Verlust von 2—3 Pfennig am Kilogramm Brot zu tragen, nur weil die Reichsregierung nicht den Mut aufbringt, daß die getroffenen Agrarmaßnahmen notwendigerweise eine Steigerung der Mehlpreise und damit der Brotpreise nach sich ziehen müssen. Anfang nächster Woche muß sich das Bäckergewerbe deshalb mit einer Erhöhung der Brotpreise auch für Württemberg befassen."

Die Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart

Dr. Lautenschlager wiedergewählt

Stuttgart, 26. April. Bei der heutigen Oberbürgermeisterwahl ist der bisherige Oberbürgermeister Dr. h. c. Karl Lautenschlager als Sieger hervorgegangen. Von den 218 702 Wahlberechtigten haben 165 658 gleich 63,8 Prozent abgestimmt. Gültig waren 165 248, ungültig 410 Stimmen. Der bisherige Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager, der von den Sozialdemokraten, den Demokraten, der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, der Wirtschaftspartei, dem Christlichen Volksdienst und den Deutschnationalen unterstützt wurde, erhielt 115 178 Stimmen, der Kandidat der Nationalsozialisten, Hauptmann a. D. Stadtamtmann Dr. Strölin, für den sich auch die Volksrechtpartei eingesetzt hatte, 25 814, und der kommunistische Kandidat, Reichstagsabgeordneter Torgler-Berlin, 21 247 Stimmen. Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager, der im 63. Lebensjahr steht, und bereits seit 1911 Stadtvorstand von Stuttgart ist, ist somit zum dritten Male zum Oberbürgermeister der württembergischen Landeshauptstadt gewählt worden. Seine neue Wahlzeit beträgt 15 Jahre. Die Wahl ist sehr ruhig verlaufen.

Bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 hatten in Stuttgart bei einer Wahlbeteiligung von 84 Prozent die Parteien, die die Kandidatur Lautenschlager unterstützten, rund 151 000 Stimmen, die Nationalsozialisten mit Volksrechtpartei rund 28 000 und die Kommunisten rund 36 000 Stimmen erhalten.

Der Wahlkampf war in den letzten Tagen sehr heftig geworden. Namentlich die Nationalsozialisten und die Kommunisten veranstalteten große Umzüge und verteilten Flugblätter in Massen, die Nationalsozialisten allein 150 000 Stück. Gewählt wurde heute von 8—5 Uhr, um 6 Uhr lagen bereits die ersten Resultate vor. Es zeigte sich gleich von Anfang an die große Ueberlegenheit von Lautenschlager. Um 7.40 Uhr war das Gesamtresultat festgestellt. Die Wahl von Lautenschlager bedeutet eine große Vertrauenskundgebung für den bisherigen Stadtvorstand. Nach der Wahl brachte der Singchor des städt. Beamtenvereins dem Wiedergewählten vor seiner Wohnung ein Ständchen.

Stuttgart, 26. April. Der zum dritten Male zum Stadtvorstand von Stuttgart gewählte Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager ist geboren am 15. Mai 1868 zu Stuttgart als Sohn des Rechtsanwalts Lautenschlager und steht somit im 63. Lebensjahr. Er besuchte in Stuttgart das Eberhard-Ludwig-Gymnasium und studierte in Tübingen und Leipzig Staatswissenschaften. Nach Ablegung der beiden höheren Dienstprüfungen im Departement des Innern ging er längere Zeit studienhalber nach England. 1897 fand er seine erste definitive Anstellung im württ. Staatsdienst bei der Stadtdirektion Stuttgart. Er war dann kürzere Zeit bei den Oberämtern Brackenheim, Waldsee und Geislingen beschäftigt. 1900 wurde er Hilfsarbeiter im Ministerium des Innern, 1901 Regierungsassessor und dann Oberamtmann wieder bei der Stadtdirektion Stuttgart, seit 1909 als Regierungsrat. Aus dem Militärverhältnis schied er als Oberleutnant der Reserve aus. 1911 wurde er zum ersten Mal, 1921 zum zweiten Mal und heute nun zum dritten Mal zum Oberbürgermeister von Stuttgart gewählt. Seine neue Amtszeit beträgt 15 Jahre.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 25. April. Die besonders in der englischen Presse verbreiteten Gerüchte über eine ernstliche Erkrankung des ehemaligen Kaisers sind, wie wir von unterrichteter Seite auf Anfrage erfahren, unzutreffen. Der Kaiser litt zwar vor einigen Tagen an einer leichten Erkältung, ist aber wiederhergestellt und hat seine Spaziergänge im Freien wieder aufnehmen können.

Berlin, 26. April. Die Reichsanwaltschaft in Leipzig hat nunmehr, wie die Sonntagspost berichtet, gegen den Händler Becher, den Oekonomieverwalter Amman, die Frau Becher und den Gefreiten im 6. Reiteregiment Bollrat, sowie gegen fünf andere Personen Anklage wegen Werkspionage und Verrats militärischer Geheimnisse erhoben. Die Verhandlung wird am 8. Juni stattfinden.

Berlin, 25. April. Wie der Börsenkurier aus dem Reichsverkehrsministerium erfahren haben will, sind dort Maßnahmen gegen die überhöhten Bezüge der leitenden Reichsbahnbeamten geplant, da auch nach der Senkung die Bezüge der leitenden Reichsbahnbeamten vielfach noch mehr als doppelt so hoch wie die der entsprechenden Reichsbeamter sind. Die Ausgabe von rund 1½ Millionen Mark im Jahre, die aus der Ueberbesoldung entstehe, müsse nach Ansicht des Ministeriums angesichts der ungünstigen Finanzlage der Reichsbahn eingespart werden. Man erwäge im Reichsverkehrsministerium nötigenfalls eine Aenderung des Reichsbahngesetzes.

Wien, 25. April. Der neuernannte deutsche Gesandte Dr. Kurt Rieth hat heute mittag dem Bundespräsidenten Miklas sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Paris, 26. April. Herriot wurde bei der durch seinen Rücktritt notwendig gewordenen Neuwahl erneut zum Bürgermeister von Lyon gewählt. Auch die drei Adjunkten des Bürgermeisters, die heute gewählt wurden, sind sämtlich Radikale.

Catania, 26. April. Die Fliegerin Elly Beinhorn, die heute früh in ihrem Klemm-Argus-Flugzeug in Tunis gestartet war, erreichte nach zweistündigem Fluge die Küste von Sizilien und landete in Catania. Elly Beinhorn wird voraussichtlich nach Rom weiterfliegen. Mit ihrem Eintreffen in Deutschland ist im Laufe der Woche zu rechnen.

München—Augsburg elektrisch

München, 25. April. In Augsburg ist bereits die erste elektrische Zugsmaschine, die einem fahrplanmäßigen Zug angehängt war, eingetroffen. Sie wird dort bleiben, bis die erste Probefahrt, spätestens am 1. Mai, auf der Strecke Augsburg—München, aufgenommen wird. Mit dem 15. Mai dürfte dann die Dampflokomotive hier so gut wie ausgeschaltet werden. Der Bahnhof Augsburg wird dann vollkommen elektrisch sein. Die Länge des gesamten Fahrdrahts beträgt auf dem Bahnhof Augsburg etwa 30 Kilometer. Die Augsburger Strecke ist die dichteste Fernlinie von München aus, laufen doch hier täglich elf Schnellzugspaare neben einer Anzahl Personen- und Güterzüge. Die Stromversorgung wird von dem Unterwerk Pasing bei München vorläufig durchgeführt. Später soll Augsburg ein eigenes Unterwerk erhalten. Bayern wird mit dieser Elektrifizierung das größte elektrische Eisenbahnnetz. Im Laufe der Zeit kommt dann noch die Strecke Augsburg—Ulm dazu. Für München dürfte wohl auch die Triebwagen-Schnellverbindung mit Augsburg kommen, was eine wesentliche Verkürzung der Fahrzeit bedingen würde. Dieser Städte-Schnellverkehr mit Triebwagen hat sich bereits auf verschiedenen Strecken im deutschen Reiche sehr gut bewährt.

Sahm für Erhaltung des Berliner Stadtbildes

Berlin, 26. April. Berlins neuer Oberbürgermeister war kürzlich beim Verein Berliner Presse zu Gast. Das war eine Angelegenheit, die zunächst nur Berlin und die berlinischen Zeitungsmänner anging. Indes wurde in Rede und Gegenrede doch auch manches gestreift, was allgemeine Bedeutung hat. Schon gleich zu Beginn, wo Dr. Sahm auf die Begrüßungsworte des einladenden Vereins dankte, gedachte er des ungeheuren schweren Kampfes, den er schon im Jahre 1920 als erster Deutscher in Genf zu führen gehabt hatte. Es sei nicht leicht gewesen, als einzelner den Feindbundmächten gegenüberzutreten — wie zu jener Frist die Mitglieder des Völkerbundes wohl noch zu bezeichnen waren — und das Ansinnen der Polen zurückzuweisen, die durchaus über Danzig ein militärisches Mandat zu erlangen wünschten. Dabei hätte er aber immer auch die lebhafte Unterstützung der reichsdeutschen Presse gefunden.

Hernach in der Wechselrede lieferte der neue Herr noch ein paar Bekenntnisse, freundliche Verheißungsworte. Herr Dr. Sahm wird nach Möglichkeit das alte Stadtbild erhalten helfen und er wird auch dem barbarischen Wüten gegen das bißchen Grün in den Straßen von Berlin, gegen Bäume und Vorgärten, die man dem Verkehrsfimmel opfern zu müssen glaubte, Einhalt zu tun sich mühen. In Danzig hätte kein Baum gefällt werden dürfen ohne die Genehmigung des Oberbürgermeisters. Von dem neuen Berlin-Gesetz meinte Dr. Sahm schließlich: Es sei nicht so schlimm wie mans gemacht hätte. Umso besser.

Neue Verhaftungen wegen Werkspionage

Berlin, 26. April. Die vor kurzem aufgedeckte Werkspionage in der Chemischen Industrie zieht immer weitere Verhaftungen nach sich. Außer den bisher schon verhafteten Personen Dienstbach, Steffen, Schmidt-Ludwigshafen sind weitere 5 im Leunawerk in Merseburg beschäftigte Arbeiter festgenommen worden, ferner ein leitender Ingenieur der Humbold Deutsche Motoren A.G. in Köln, der nachgewiesenermaßen gegen Bezahlung an Steffen Fabrikgeheimnisse verkaufte. Ferner wurden im Auftrag des Oberreichsanwalts kommunistische Funktionäre in Hamborn und Essen, die gleichfalls im Dienst der Berliner Spionagezentrale standen, verhaftet. Die Gesamtzahl der bisher festgenommenen Personen beträgt über 20. Dienstbach soll dem Untersuchungsrichter gegenüber fast zwei Dutzend Personen der Mitschuld an der Werkspionage beschuldigt haben. Eine große Zahl der Verdächtigen soll inzwischen geflohen sein, darunter auch der Ingenieur einer bekannten Maschinenfabrik in Ludwigshafen unter Mitnahme wichtiger gestohlener Geheimpläne.

Um eine Milliarde Reichsmark könnte die Kaufkraft der Landwirtschaft gesteigert werden

Der Milchverbrauch nahm im Deutschen Reiche in den letzten Jahren immer mehr zu. Nach einer Schätzung H. Storms stieg er von 17,5 Milliarden Liter im Jahre 192[illegible]

Protestkundgebung der Kriegsopfer

Stuttgart, 26. April. Ueber 12 000 Kriegsopfer aus Württemberg und Hohenzollern, die der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Gau Württemberg und Hohenzollern, angehören, kamen heute in Stuttgart zusammen, um in 2 großen Kundgebungen in der Liederhalle und im Saalbau Dinkelacker gegen die von der Reichsregierung beschlossenen und noch geplanten Abbaumaßnahmen auf dem Gebiet der Rentenversorgung der Kriegsopfer Protest zu erheben. Den Kundgebungen wohnten auch Vertreter der Behörden sowie verschiedener Parteien bei, die von dem Gauvorsitzenden Katzmeier begrüßt wurden. Das Hauptreferat hielt der Gausekretär, Stadtrat Boyna-Stuttgart, der betonte, daß die Versorgung der Kriegsopfer eine heilige Pflicht des deutschen Volkes bedeute. Diese Pflicht ist begründet in einem Meer von Blut und Tränen, in Millionen von Menschenleben sowie ewigem Siechtum und Krüppeltum einiger Einsamkeit, die als Opfer dem ganzen Volk gebracht wurden von dem Kreis, der jetzt um die Erhaltung der Versorgung kämpft. Seit 1929 ist der Abbau und die Verschlechterung der Versorgungsgesetzgebung im Gang. Die Notverordnung vom Juli und September 1930 bestimmt eine Einsparung von 96 Millionen am Versorgungsetat. Jetzt droht ab 1. Mai 1931 eine allgemeine Rentenkürzung um 10 bis 15 Prozent, Hinauswurf der 30- und 40prozentigen Rentenbezieher aus der Versorgung, Rentenkürzung bei Kriegsopfern, die im öffentlichen Dienst stehen. Der auf eine Milliarde geschätzte Fehlbetrag des Reiches soll durch Kürzung der Kriegsopferrenten um 140 Millionen gemindert werden. Der Protest der Kriegsopfer dagegen ist gerechtfertigt. Die Generation des Krieges ist noch da. Sie läßt sich nicht schweigend und wehrlos auf die Seite ziehen. Die Kriegsopfer fordern ihr Blutrecht.

Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen:

Zwölftausend Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene aus Württemberg und Hohenzollern, Mitglieder des Reichsbundes, protestieren schärfstens gegen den von der Reichsregierung geplanten weiteren Rentenabbau. Durch die beiden Notverordnungen vom Juli und September 1930 sind bereits starke Einschränkungen durch Entzug der Heilbehandlung für die 10- und 20prozentigen Kriegsbeschädigten, durch verschärfte Zusatzrentenbestimmungen, Wegfall der Kannleistungen u. a. m. vorgenommen worden, so daß ein weiterer Abbau an den Renten der Kriegsopfer gleichbedeutend mit dem Ruin derselben ist. Wir legen daher allerschärfste Verwahrung gegen einen weiteren Abbau der Kriegsopferrenten ein. Solange die Lebenshaltung der Kriegsopfer noch so bitter schlecht und kein wirklicher Preisabbau durchgeführt ist, empfinden wir es als Hohn, wenn an der Rentenversorgung weitere Abstriche gemacht werden. Wir fordern: Aufhebung der durch die Notverordnung getroffenen einschränkenden Bestimmungen, Bereitstellung genügender Mittel zur Erfüllung aller Kannbezüge, besonders für Erziehungsbeihilfe und Kapitalabfindungen. Der Reichsregierung rufen wir aber zu: Spart da, wo wirklich noch gespart werden kann. Laßt die Hände weg von den Kriegsopferrenten! Gestaltet das Los der Kriegsopfer erträglicher! Stürzt durch die beabsichtigten Maßnahmen nicht noch weitere hunderttausende von Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen tiefer ins Elend!

Der Kundgebung am Sonntag war am Samstag nachmittag im Hindenburgbau ein Presseempfang vorausgegangen, bei dem Stadtrat Boyna über den Zweck und die Wirksamkeit des Reichsbundes Aufschluß gab. Der Reichsbund ist parteipolitisch neutral, steht aber zur Weimarer Verfassung und tritt ein für Völkerverständigung, Abrüstung und Weltfrieden. Er zählt heute in ganz Deutschland 21 Gaue mit 5573 Ortsgruppen und 472 365 Mitgliedern. Er ist damit die größte Kriegsopferorganisation. Der Gau Württemberg-Hohenzollern zählt 27 000 Mitglieder in 430 Ortsgruppen. In seiner sozialpolitischen Arbeit wird der Bund von keiner anderen Organisation übertroffen. Er hat bis jetzt 18 000 Rentenprozesse vertreten. Die Unterstützungseinrichtungen des Bundes sind gut ausgebaut. Die Reichsbund-Kriegersiedlung hat bereits 2000 Wohnungen geschaffen. In Württemberg wurden im Jahr 1928 und 1929 vom Reichsbund insgesamt 153 Wohneinheiten erstellt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

auf über 22 Milliarden Liter im Jahre 1930; er wuchs also jährlich um eine Milliarde. Der Verbrauch an **Butter** zeigt eine ähnlich steigende Kurve. Er wuchs von 326 000 Tonnen im Jahre 1925 auf 484 000 Tonnen im Jahre 1929, von denen fast 135 000 Tonnen eingeführt wurden. Die Einfuhr von Butter sank im Jahre 1930 um rund 3000 Tonnen. Wollte man die ganze Einfuhr an Milcherzeugnissen in Deutschland ausschalten, dann müßte die Milcherzeugung jährlich um 7 Milliarden Liter gesteigert werden. Die bisherige Aufwärtsbewegung der Milcherzeugung müßte also noch weitere 7 Jahre andauern.

Gegen den Wettbewerb der Margarine konnte sich die Butter verhältnismäßig gut behaupten. So trafen auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1928 rund 5,2 Kg. Butter und 6,7 Kg. Margarine, im Jahre 1929 dagegen 7,5 Kg. Butter und 7,8 Kg. Margarine. Der Abstand zwischen Butter- und Margarineverbrauch verringerte sich also im Laufe der Jahre.

Aus diesen angeführten Tatsachen zieht nun Kommerzienrat **Dr. Colsman** im „Stuttg. N. Tagbl." sehr interessante und **beachtenswerte** Schlüsse. Er schlägt den Landwirten vor, nicht gegen den Verbrauch von Margarine anzukämpfen, sondern die **ausländische** Butter vom deutschen Markte zu verdrängen, was sich nur durch **Steigerung der Milchqualität** erreichen ließe.

In Holland wird z. B. für jede Kuh 709 Kg., in Dänemark 725 Kg., in Deutschland dagegen nur 171 Kg. Futtermittel verwendet. Selbstverständlich beeinflußt diese Fütterungsweise Menge und Güte der Milch. Deutschland habe bei der Herstellung von Qualitätsbutter bisher versagt.

Kommerzienrat Colsman erwähnt ferner, daß eine große Molkerei in Ravensburg ihre Qualitätsbutter ohne weiteres absetzen konnte, während die viel zu vielen Kleinbetriebe ihre Vorräte nur mit großen Preiseinbußen an den Mann brachten. Er zieht daraus folgende Schlüsse:

„Die zur Einfuhrbeseitigung zu treffenden Maßnahmen sind zu einem guten Teile **gegen die Zersplitterung** zu richten. Die kleinen Anlagen sind in **Rahmsammelstellen** umzuwandeln.

Aus der Erfahrung wäre ferner zu folgern, daß es zweckmäßig sein könnte, länder- und provinzweise die Zusammenfassung der Erzeugergenossenschaften in eine oder wenige **Absatzgenossenschaften** durchzuführen und zu verhindern, daß Genossenschaften des einen Landes die des Nachbarlandes unterbieten.

Es ist selbstverständlich, daß Fabrikations- und Absatzerfahrungen unter den Genossenschaften ausgetauscht werden müßten."

Der Wert der jetzigen Milcherzeugung wird mit 8 **Milliarden Mark** veranschlagt; die geforderte Mehrleistung würde diesen Ertrag um **mehr als eine Milliarde Mark steigern können.** Eine solche Mehrerzeugung ist auf keinem anderen Gebiete der deutschen Volkswirtschaft erreichbar. Um diesen Betrag könnte die **Kaufkraft der Landwirtschaft in wenigen Jahren gesteigert werden.**

60 Milliarden Reichsmark Verlust

Das Krisenjahr 1930 war nicht nur für die Landwirtschaft in Deutschland und Europa, sondern auch für die Landwirtschaft der ganzen Welt von größtem Verhängnis. Die Weizenerzeugung der Welt hat im Jahre 1930 gegen 1926 wegen des Preissturzes eine Mindereinnahme um über 8 Milliarden Mark gehabt. Bei Roggen betrug der Verkaufsverlust 9 Milliarden R.M., die gesamte Ackerwirtschaft wurde im letzten Jahre (gegen 1926) von einem Verlust von über 36 Milliarden R.M. betroffen. Rechnet man dazu noch die Mindereinnahmen bei den Molkereierzeugnissen, so ergibt sich der Riesenverlust von rund 60 Milliarden Reichsmark, von dem die Landwirtschaft der ganzen Welt wegen des Preissturzes im letzten Jahre betroffen wurde. Europa verbuchte eine Mindereinnahme von 18 Milliarden Reichsmark für seine Agrarprodukte.

Vermischtes.

Löbchen Seifenschaum aus Tarnopol kommt in der Tracht seiner Väter, nämlich mit langem Kaftan, rundem Samthut und Schläfenlöckchen nach Berlin. Ein Gassenjunge läuft ihm nach und ruft ihm allerlei Liebliches zu. Löbchen bleibt ruhig stehen, zieht den Geldbeutel und gibt dem ihn mißtrauisch anschielenden Jungen einen Groschen. Ein Herr, der dies beobachtet hat, fragt ihn erstaunt, warum er den Lümmel für seine Rüppigkeit noch beschenkt. „Wissen Sie", erwidert Seifenschaum, „ich bin ein schwächlicher Mensch und laß mich nicht gern auf Prügeleien ein. Aber der Junge wird jetzt denken, jeder der einen Kaftan trägt und von ihm geneckt wird, wird ihm einen Groschen schenken, und wird sich immer nahe ran trauen. Vielleicht ist doch mal einer drunter, der ihm ein paar hinter die Ohren gibt."

Sportecke.

Fußball. Das Länderspiel Deutschland—Holland, das in Amsterdam gestern vor 40 000 Zuschauern zum Austrag kam, endete mit einem dem Spielverlauf gerechten Unentschieden von 1:1.

Süddeutsche Meisterschaftsspiele: Runde der Meister: Karlsruher F.V. — F.C. Pirmasens 2:2, Union Böckingen — Wormatia Worms 0:3, Bayern München — Eintracht Frankfurt 2:1, Sp.Vgg. Fürth — Sp.V. Waldhof 4:2.

Runde der Zweiten und Dritten: Abt. Südost: Stuttgarter Kickers — 1860 München 0:1, F.C. Pforzheim — Phönix Karlsruhe 6:0, F.C. Nürnberg — F.V. Kaiserslautern 4:0. — Abt. Nordwest: Rot-Weiß Frankfurt — Phönix Ludwigshafen 2:1, F.C. Idar — F.V. Saarbrücken 5:2, Union Niederrad — V. f. L. Neu-Isenburg 4:0.

Aufstiegsspiele zur Bezirksliga: Gruppe Württemberg: Sportfreunde Eßlingen — Sp.V. Feuerbach 3:1. — Gruppe Baden: F.C. Rheinfelden — F.C. Mühlburg 2:1.

Entscheidungsspiel um die Kreismeisterschaft der Kreisliga des Kreises Enz-Neckar auf dem Platze des 1 F.C. Birkenfeld: V. f. R. Pforzheim — Sp.Vgg. Mühlacker 0:1. Mühlacker ist nun Kreismeister und greift in die Aufstiegsspiele zur Bezirksliga ein.

Kreisliga: Kreis Enz-Neckar: F.V. Riefern — Ballspielklub Pforzheim 4:1, F.C. Büchenbronn — V. f. R. Huchenfeld 2:0, F.C. Ispringen — Enzberg 2:0, Dillweißenstein — Erisingen 4:1.

Aufstiegsspiele zur Kreisliga: Sportklub Pforzheim — F.V. Neuenbürg 2:1, Sp.V. Nagold — F.V. Calw 5:1. M.

Turner-Handball. Auf dem Neuenbürger Platz hat die Jugend des hiesigen Turnvereins gegen die Jugend des Tv. Calmbach 2:1 gewonnen. K.

Hotelbesitzertagung in München

Der Reichsverband der deutschen Hotels, Restaurants und verwandten Betriebe hielt am Freitag in München seine Haupttagung in Anwesenheit einer sehr großen Zahl offizieller Persönlichkeiten der Reichs-, Staats- und städtischen Behörden und einer Reihe von Reichs- und Landtagsabgeordneten ab. In seiner Begrüßungsansprache berührte der erste Vorsitzende des Reichsverbandes, Reichstagsabgeordneter Nolte (Hannover), der die Tagung leitete, die außergewöhnlichen Hemmungen, die dem Hotelgewerbe durch die überschraubten steuerlichen Anforderungen und durch die allgemeine Wirtschaftspolitik im Wege stünden. Der neue Präsident des Reichsfinanzhofes, Dr. Dorn, gab im Namen der zuständigen Reichsressorts die Versicherung ab, daß man sich seitens der Reichsregierung wohl bewußt sei, welchen **ungeheuren Schwierigkeiten heute gerade das Hotelgewerbe gegenüberstehe.** Trotz aller sachlichen Differenzen, die verschiedentlich in den Verhandlungen mit den Behörden aufgetaucht seien, hätten erfreulicherweise Schwierigkeiten menschlicher Art nie bestanden. In ähnlicher Weise versicherte der Vertreter der bayerischen Staatsregierung, Min.-Rat Dr. Götz, die bayerische Regierung sei sich stets der Tatsache bewußt gewesen, daß dem Hotelgewerbe als Schlüsselgewerbe für eine ganze Reihe anderer Unternehmungen eine besondere Bedeutung zukomme. Der gute Wille, dem Hotelgewerbe zu helfen, sei zweifellos vorhanden, aber bei den augenblicklichen schwierigen Zeitverhältnissen fehle es oft am tatsächlichen Können.

Im Rahmen der Tagesordnung erstattete zunächst der Berichterstatter, Dr. Knapmann-Düsseldorf, einen längeren Tätigkeitsbericht über das verflossene Jahr und warnte hierbei die Hoteliers vor allzu großem Optimismus. Dr. Knapmann betonte, man könne die Bestimmungen, die in das Gastwirtsgesetz hineingekommen seien, nicht anders denn als Ausnahmegesetze bezeichnen, die das Hotelwesen an den empfindlichsten Stellen getroffen hätten. Auch die neue Notverordnung bringe eine Reihe von Härten mit sich, wie überhaupt die Eingriffe der öffentlichen Hand in diesem Berufszweige drückender empfunden würden als irgendwo sonst. Der Kampf der deutschen Hotels gegen as Erholungsheimwesen richte sich nicht gegen diese sozialen Einrichtungen an sich, sondern gegen die Verzerrung des gemeinnützigen Gedankens. Auch an der Steuerpolitik der Reichsregierung übte der Redner lebhafte Kritik. Er verlangte ferner, daß das deutsche Reisepublikum doch mehr als bisher durch Aufenthalte in Deutschland die Hotelindustrie und alles, was damit zusammenhänge, unterstützen möge und das Auslandsreisen nach Möglichkeit unterlassen werden sollen.

Ernst Volkhardt-München referierte über das Thema **„Zwangswirtschaft und Hotelgewerbe"** und ging hierbei vor allem auf die bayerischen Verhältnisse ein. Er forderte eine schleunige und durchgreifende Beseitigung der Hauszinssteuer mit ihren verheerenden Folgen insbesondere für die Hotelwirtschaft. Auch die heutige Handhabung der Lustbarkeitssteuer sei geradezu ein Unfug. Auf der einen Seite sei man bestrebt, alle Lustbarkeiten weitgehendst einzuschränken, andererseits aber werde versucht, aus der Lustbarkeitssteuer das Menschenmögliche herauszuholen. Fritz Künster-Düsseldorf sprach über die Selbstkosten des Hotelgewerbes und die Möglichkeit ihrer Senkung, wobei er besonders darauf aufmerksam machte, daß in der Hotelbranche leider noch nicht mit der Betriebsgebarung verfahren werde wie anderwärts.

Rechtsanwalt Dr. Drumm-München referierte über das Thema **„Ueberlastung des Hotelgewerbes durch die Realsteuern".** Der Redner stellte die Behauptung auf, daß das Geschäftsjahr 1930 für den deutschen Hotelbetrieb im Durchschnitt einen Rückgang der Roheinnahmen von 25—30 Prozent gebracht habe und daß diese sinkende Kurve keineswegs abgeschlossen sei, ja, sich wahrscheinlich für 1931 noch weiterhin verschärfen werde. Wenn das Hotelgewerbe nicht zum Erliegen kommen solle, sei es eine unbedingte Notwendigkeit, daß es von dem Uebermaß an Realsteuern befreit werde.

Das letzte Referat hielt Reichstagsabgeordneter Dr. Horlacher über **„Die deutsche Finanzlage und die Aussichten der steuerlichen Entlastung der deutschen Wirtschaft".** An der Hand eines sehr reichen statistischen Materials bewies der Redner die Schwierigkeiten des jetzigen Steuersystems, das zu einer Ueberlastung der Gemeinden geführt habe. Die Verbrauchsbesteuerung bedürfte dringend einer Revision. Das Kernproblem aber bleibe nach wie vor die Lösung der Reparationsfrage. Ein Vergleich mit anderen Haushalten, vor allem mit dem englischen, ergebe die Tatsache, daß Deutschland heute zu einem Wohlfahrts- und Sozialstaat geworden sei, und daß es von einer Psychose der übermäßigen Eingriffe des Staates erfaßt sei.

Nach diesem letzten Referat wurden einstimmig **vier Entschließungen** angenommen, und zwar eine, die sich mit der innerdeutschen Werbung und der Notwendigkeit der Hebung des innerdeutschen Fremdenverkehrs befaßt, dann eine Entschließung zur Preispolitik, zur Getränkebesteuerung und schließlich zu den Realsteuern und zur Hauszinssteuer.

Vergebung von Tiefbau-Arbeiten in Engelsbrand, OA. Neuenbürg.

Für die Ortsbachverbesserung hier werden die

Erd-, Betonier- und Maurer-Arbeiten

nach dem Einzelpreisverfahren auf Grund der Reichsverdingungsordnung vergeben. Es handelt sich im wesentlichen um 2000 cbm Erdaushub und 700 cbm Beton.

Die Unterlagen liegen während der Dienststunden auf dem Rathaus in Engelsbrand zur Einsichtnahme auf, woselbst auch die Angebotsliste erhältlich ist.

Angebote sind unter Benützung dieser Liste unterschrieben, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis spätestens **7. Mai 1931,** vormittags 11 Uhr, beim Bürgermeisteramt Engelsbrand einzureichen. Zu dieser Zeit findet daselbst die Eröffnung der Angebote statt, welcher die Bewerber anwohnen können. Zuschlagsfrist 14 Tage.

Engelsbrand, den 27. April 1931.

Bürgermeisteramt: Wurster.

Allen Auslandschwaben

dient die alteingeführte Wochenausgabe des Schwäbischen Merkur für das Ausland. Wenn Sie einen Ihnen verwandten, befreundeten oder bekannten Landsmann im Ausland haben, dann geben Sie dessen genaue Adresse dem Schwäbischen Merkur, Stuttgart, Königstraße 20, und es geht auch an ihn der

Gruß der Heimat!

Neuenbürg.

Achtung! Neuartiges Dampf-Bettfedern-Reinigungsgeschäft.

Durch dieses einzigartige Verfahren werden die Federn wie neu und jedes Bett, ohne nachzufüllen, unglaublich voll und weich. Kein Verlust an Federn oder Flaum. Federn, die 20 bis 25 Jahre im Gebrauch waren, werden wieder neuwertig. Jedermann kann anwesend sein und auf seine Federn warten. Etwas Heizungsmaterial zur Dampfheizung ist mitzubringen. Nur kurze Zeit hier.

Ein Oberbett od. Unterbett kostet 3.50 ℳ
Ein Kissen kostet . . . . . 1.50 ℳ

Achtungsvoll!
Karl Schweizer aus Birkenfeld,
z. Zt. Obere Sensenfabrik, Bahnhofstraße.

Sämtliche **Plakate**

für Vereinsfeste
für Behörden
für Reklame

liefert in geschmackvoller und zweckmäßiger Ausführung

„Der Enztäler" Neuenbürg

Grabeinfassungen
Grabdenkmäler u. Reihensteine

liefert äußerst preiswert

Ludwig Missenhardt, Steinbildhauerei,
Pforzheim, Alt. Göbrichterweg 12/17, Telef. 2860.
Reichhaltiges Lager.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Stadtrats-Sitzung
am Dienstag den 28. April,
nachm. 6½ Uhr.

Tagesordnung:

1. Fürsorgesachen.
2. Vergebung der Straßenbauarbeiten.
3. Sonstiges.

Bürgermeister Knodel.

Herrenalb.

Wir kaufen ein gut eingefahrenes

Pferd,

prima gut im schweren Zug.

Karl Seufer K.-G.

Neuenbürg.

Altershalber verkaufe ich sofort meinen

Garten

(an der Alten Pforzheimer Straße gelegen), sehr geeignet zu einem **Bauplatz.**

Wagner z. „Krone".

Neuenbürg.

Sonder-Angebot!
Milch-Nuß-Schokolade,
die 100 Gramm-Tafel nur
19 Pfg.
heute frisch eingetroffen!
C. Pfister.

Leitz-Ordner
Ablege-Mappen
empfiehlt
C. Meeh'sche Buchhdlg.

Forstamt Neuenbürg.

Der auf Dienstag nachmittag 4 Uhr in der „Eyachbrücke" vorgesehene

Wieder-Verkauf

findet nicht statt; dagegen kommen um die genannte Zeit zum Wieder-Verkauf: aus Staatswald Abt. 99 Bügel: 2 Rm. Ta. (Nr. 1) und Abt. 94 Forchenhau: 10 Rm. Ta.-Anbruch (Nr. 209, 1/6), sowie 600 Well. Reisig (Stängchen).

Ehrliches, fleißiges

Mädchen,

welches mit allen Hausarbeiten vertraut ist, **sucht** für sofort oder 15. Mai **Stelle** in gutes Hause.

Angebote an die „Enztäler" Geschäftsstelle.

Familien-Drucksachen

Besuchskarten
Verlobungsanzeigen
Vermählungsanzeigen
Geburtsanzeigen
Danksagungskarten
Glückwunschkarten usw.

liefert in vornehmer Aufmachung

C. Meeh'sche Buchhandlg.